

Positionspapier – Stärkung der Mitbestimmung in der Arbeitswelt

Die Stärkung der Mitbestimmung von Arbeitnehmer:innen ist seit jeher ein sozialdemokratisches Kernanliegen. In Zeiten von diversen Krisen, abnehmender Demokratiezufriedenheit und dem Aufstieg rechtsautoritärer Parteien ist die Thematik aktueller denn je und gewinnt an Dringlichkeit. Die Tarifbindung und somit auch positive Erfahrungen kollektiver Handlungsfähigkeit sind in Thüringen leider gering ausgeprägt. Im Bundesländervergleich steht Thüringen mit einer Tarifbindung der Beschäftigten von lediglich circa 40 Prozent regelmäßig auf dem vorletzten Platz.

Mangelnde Tarifbindung und Mitbestimmungskultur in den Unternehmen führen einerseits zu niedrigeren Löhnen für die Beschäftigten und sind andererseits zugleich Einfallstor für rechte Parteien, die eine empfundene Ohnmacht und daraus resultierende Unsicherheit im Strukturwandel für sich und ihre Agenda nutzen wollen. Gleichzeitig zeigen Studien, dass Mitbestimmungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz ein Baustein zum Abbau antidemokratischer Einstellungen bei den Arbeitnehmer:innen sein können. **Mitbestimmte Unternehmen weisen eine höhere Resilienz gegenüber Krisen auf.**

Wir sind daher fest davon überzeugt, dass die Erhöhung der demokratischen Spielräume der Arbeitnehmer:innen ein wichtiger Beitrag ist, um in Zeiten zunehmender Unsicherheiten und Abstiegsängste, einem politischen Ohnmachtsgefühl etwas entgegenzusetzen und für neue Sicherheit und Zuversicht bei den Beschäftigten zu sorgen. Für das Gelingen der sozial gerechten Transformation zur Klimaneutralität in den Unternehmen ist die Einbeziehung der Beschäftigten ebenfalls ein entscheidender Faktor, da durch sie die Akzeptanz der Maßnahmen gesteigert werden kann.

Für uns ist deshalb klar, dass die SPD eine starke Stimme für den Ausbau der Mitbestimmung in der Arbeitswelt in Thüringen ist. Im Landtag setzen wir uns für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

- Wir wollen das **Vergabegesetz reformieren**: Zukünftig soll die Tarifbindung einen größeren Stellenwert bekommen. Öffentliche Vergaben sollen nur noch an Unternehmen erfolgen, die auch tarifgebunden sind. Dies muss auch für Vergaben auf kommunaler Ebene gelten. Damit leisten wir auch einen Beitrag die Löhne zwischen Ost und West anzugleichen.
- Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen soll die Sicherung von „**Guter Arbeit**“, die die Beschäftigten mitbestimmt und tarifiert entlohnt, als weiterer Schwerpunkt in der Wirtschaftsförderung nach Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern etabliert werden.

- Wir unterstützen weiterhin die **Etablierung der Technologieberatungsstelle in Thüringen**, die professionelle Beratung und Unterstützung für Betriebsräte bei der sozialverträglichen Gestaltung des Strukturwandels bietet.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die **Landesregierung regelmäßige Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen** durchführen, die sich mit der Bewältigung des Wandels beschäftigen, denn ihr Erfahrungswissen und ihre Kompetenzen sind der wichtigste Baustein zur Gestaltung des Wandels.
- Wir wollen die Forderungen der Gewerkschaften nach **guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst** unterstützen, daher setzen wir uns für die Allzuständigkeit der Personalrät:innen ein und erfüllen diese in unseren Wirkungskreisen mit Leben.
- Wir setzen uns für die **Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärungen** ein, durch die bestimmte tarifvertragliche Mindeststandards für alle Unternehmen einer Branche verbindlich gelten sollen. Ziel ist die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Unternehmen, der gute Arbeitsbedingungen gewährleistet.
- Wir setzen uns für die **Einführung einer regelmäßigen Tarifkonferenz** ein, um gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften den Stand der Tarifbindung in Thüringen zu erörtern und sich über gute tarifpolitische Regelungen auszutauschen.
- Wir regen die **Bildung eines Transformationsrats** bestehend aus Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nach Vorbild von Rheinland-Pfalz an, um die enormen Herausforderungen des Strukturwandels gemeinsam auf Augenhöhe zu bewältigen.
- Wir unterstützen die **Etablierung einer Arbeitnehmer:innenkammer**. Als Pendant der öffentlichen Wirtschaftskammern (IHK, HWK) ist die Arbeitnehmer:innenkammer zusätzlich Interessenvertretung gegenüber Politik sowie Verwaltung und ermöglicht eine stärkere Sichtbarkeit der Arbeitnehmer:innenperspektiven zum Beispiel bei parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren.